



Bernd Lange, MdEP

Foto: Anette Gilke

» Die Anhörung ist Ausdruck eines modernen demokratischen Systems.«

Bernd Lange

ERST DURCHS KREUZFEUER – DANN ZUM AMTSANTRITT

Anhörungen: Eine Option für Niedersachsen?

Von Bernd Lange, MdEP

Kurz vor Redaktionsschluss dieser Ausgabe hat die bulgarische Kommissionsanwärterin für internationale Zusammenarbeit Rumjana Schelewa ihre Kandidatur zurückgezogen. Für mich ist dies die logische Konsequenz aus ihrem fachlich inkompetenten Auftritt vor dem Europäischen Parlament (EP). Dazu kamen ungenaue Angaben über Einkünfte aus Nebentätigkeiten. Seit dem 11. Januar müssen sich die designierten Kommissare der Europäischen Kommission – aus jedem Mitgliedsland der EU einer – jeweils 3-stündigen Anhörungen durch die Fachausschüsse des EP stellen. Das Mittel der Anhörung ist Ausdruck eines modernen demokratischen Systems, welches es den gewählten Europaabgeordneten ermöglicht, die Qualifikation der künftigen Kommissare für das angestrebte Amt zu prüfen.

An dem Beispiel der Bulgarin zeigt sich, dass die neue Kommission ohne eine Zustimmung des EP ihre Arbeit nicht aufnehmen kann. Die Anhörungen sind die Stunde des Parlaments. Ein Modell, mit dem auch die Landesminister in Niedersachsen vor der Amtsübernahme auf Herz und Nieren geprüft werden sollten. Künftige Regierungsvertreter müssen vor den Volksvertretern ihre Eignung unter Beweis stellen. Wer weiß, ob ein Minister Sander dann überhaupt ins Amt gekommen wäre?



Das Europäische Parlament spricht mit bei wichtigen Personalentscheidungen. Foto: shutterstock.com

Bulgarien hat bereits die derzeitige Weltbank-Vizepräsidentin Kristalina Georgiewa als neue Kandidatin benannt. Die für Ende Januar geplante Abstimmung des EP über die neue Kommission wird sich nun auf Anfang Februar verschieben.

Bereits am 11. Februar treffen sich die Staats- und Regierungschefs zu einem Sondergipfel in Spanien, welches in der ersten Jahreshälfte 2010 die halbjährlich wechselnde Ratspräsidentschaft inne hat. Dort geht es um die Ausrichtung der EU-Strategie im gerade begonnenen Jahrzehnt. Ziel der EU-Strategie 2020 ist die Förderung von Wachstum

und Beschäftigung in Europa. Damit der Beschluss mehr als ein Lippenbekenntnis wird, hat der spanische Ministerpräsident Zapatero angeregt, verbindliche Zielvorgaben einzuführen. Es geht um Regulierung der Finanzmärkte, Erneuerung der Infrastruktur, Förderung von Innovationen, eine ökologische Industriepolitik, Qualifizierung und sozialen Zusammenhalt.

Dabei muss europäische Politik eng mit nationaler und niedersächsischer Politik abgestimmt werden, damit nach der Krise nicht vor der Krise ist und die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik der EU auf soliden Füßen steht. ■

ANSTIFTUNG ZU HOFFNUNG UND MUT



Benno Haunhorst, Sprecher der Christinnen und Christen in der SPD

Foto: privat

Den Aufschrei über die Neujahrspredigt von Bischöfin Käßmann kann ich nicht nachvollziehen. Sie diffamierte keine Soldaten und griff auch nicht die Politik der Bundesregierung an. Ihre Worte stehen in nichts den Äußerungen des katholischen Militärbischofs Walter Mixa nach, der dennoch weitgehend unangestastet blieb. Die Bischöfin sprach über die Jahreslosung »Euer Herz erschrecke nicht – glaubt an Gott und glaubt an mich.« Sie benannte die Krisen, die es auch Christen schwer machen nicht zu erschrecken. Das ist gut so; alles andere wäre billige Vertröstung über das wahre Leben hinweg. Käßmann sprach über ihre persönlichen Rückschläge und bezog die mangelnden Erfolge beim Einsatz für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung mit ein.

In diesem Zusammenhang rief sie dazu auf, zur Entschärfung des bestehenden Konflikts in Afghanistan mehr Hoffnung, Mut und Fantasie zu zeigen, um nach Wegen jenseits des Krieges zu suchen: »Waffen schaffen offensichtlich auch keinen Frieden in Afghanistan.« Politisch hat Käßmann recht, auch wenn sie keine konkrete Strategie kritisiert und keine konkrete Alternative entwirft. Das ist auch nicht ihre Aufgabe als Bischöfin. Trotzdem wirft man ihr vor, sie politisiere und polarisiere. Was steckt dahinter?

Wahrscheinlich wollen ihre Kritiker verdecken, dass in der Bevölkerung und bei den Experten der Rückhalt für den Afghanistan-Einsatz schwindet. Und einige ihrer alten Gegner wollen zugleich zu Beginn ihres EKD-Vorsitzes

schon einmal Käßmanns Grenzen markieren.

Christen haben aus ihrem Glauben heraus nicht den besseren politischen Sachverstand. Aber aus ihrem Glauben heraus haben sie drei politische Aufgaben: Erstens die Erinnerung an das noch nicht Eingelöste, an die Rücksicht auf die an den Rand Gedrängten sowie an die Sehnsucht nach einer besseren Welt. Zweitens die Anstiftung zu Hoffnung und Mut und damit zu Verantwortung und Solidarität. Drittens die Mahnung, dass die Würde des Menschen, die Freiheit des Gewissens, der Sinn des Lebens und die Verpflichtung auf Recht und Gerechtigkeit der Politik vorgegeben und nicht abstimmbare sind. Nichts anderes hat Bischöfin Käßmann in ihrer Neujahrspredigt entfaltet! ■